

## **„Menschenunfug, der die Naturordnung stört“:**

### **Klimawandel und/oder Demokratie**

Vortrag in der Reihe „Kosmos-Vorlesungen“ an der HU Berlin, 02.05.2019

#### **(Einstieg)**

Als Alexander von Humboldt 1799 in Venezuela durch das Aragua-Tal reist, beobachtet er, dass dort die koloniale Plantagenwirtschaft massive Auswirkungen auf die Ökosysteme hat: Um Baumwolle, Zuckerrohr und Indigo anzubauen, wurden große Waldbestände um den **Valencia-See** gerodet. In der Folge sank der Wasserspiegel des Sees erheblich. Zugleich stieg die Zahl der Überschwemmungen auf den Feldern um den See drastisch an.

Humboldts Reiseerzählung schildert ausführlich, wie ihm klar wurde, wie die Rodung der Wälder mit dem Absinken des Wasserspiegels und der Häufung von Überschwemmungen **zusammenhängt**:

Auf den entwaldeten Berghängen des Tals verdunstet in der äquatorialen Hitze der niedergehende Regen viel schneller und das Mikroklima verändert sich. Das hat wiederum eine ganze Reihe von verheerenden Folgen: Die Quellen trocknen aus, Unterholz und Moose verschwinden. Dadurch sinkt die Fähigkeit des Bodens, Niederschläge aufzunehmen. Das wiederum führt zu den Überschwemmungen, weil der niedergehende

Regen vom Boden nicht mehr aufgenommen werden kann. Das Wasser fließt in Sturzbächen von den Berghängen ins Tal und reißt dabei den ausgetrockneten Boden mit sich. Diese **Bodenerosion** ist damit nur das letzte Glied in der Kette der Ursachen, die hinter der Zerstörung des lokalen Wasserkreislaufs liegen.

Unter dem Eindruck dieser Beobachtungen entwickelt Humboldt die uns bis heute geläufige Vorstellung, dass die biologischen, geologischen und klimatischen Prozesse einer Region in Form **komplexer Ökosysteme** zusammenhängen.

Wenn der Mensch in diese Ökosysteme eingreift, z. B. durch die Landwirtschaft, besteht die Gefahr, dass er sie aus dem Gleichgewicht bringt. Wie Humboldt lakonisch bemerkt, handelt es sich um „**Menschenunfug** [...], der die Naturordnung stört“ (von Humboldt 2000, 216).

Wie wir heute über den menschengemachten, anthropogenen Klimawandel nachdenken, ist erheblich von Humboldts Beobachtungen und theoretischen Erkenntnissen geprägt:

Der **Klimawandel** ist nichts anderes, als „Menschenunfug“ eines globalen Ausmaßes: Er bringt das Ökosystem der Erde im Ganzen aus dem Gleichgewicht.

In diesem Gleichgewicht hat der Mensch über zehntausende von Jahren seine eigene ökologische Nische gefunden, in der er seine Zivilisation entwickeln konnte.

Diese Nische scheinen wir nun im Zeitalter des **Anthropozäns** selbst zu zerstören. Die größte Herausforderung unserer heutigen, **demokratischen Gesellschaften** ist es deshalb, Wege zu finden, wie wir mit einer nie dagewesenen Anzahl von Menschen auf einem Planeten überleben können, dessen ökologisches Gleichgewicht wir massiv gestört haben.

Diese dramatische Situation ist Ihnen sicher allen bewusst, sie wird seit Langem in der Öffentlichkeit diskutiert, teilweise durchaus mit apokalyptischen Untertönen. Jüngst hat sie u. a. durch die Bewegung „**Fridays for future**“ eine neue Dynamik gewonnen. In unserem Verständnis dieser Situation stehen wir alle gewissermaßen auf den Schultern Humboldts.

### **(Demokratie und/oder Klimawandel?)**

In meinem Vortrag möchte ich im ersten Abschnitt zeigen, dass wir von Humboldts Einsichten nicht nur etwas über die **ökologische** Beschreibung der Klimakrise lernen können. Wir können (und müssen) von ihm auch lernen, wie wir **politisch** auf die Herausforderung der Klimakrise reagieren können.

Wo sich die öffentliche Diskussion um die Frage dreht, was wir eigentlich gegen den Klimawandel tun können, ist sie nämlich häufig von Frustration und Ungeduld geprägt, die auf eine *Demokratiskepsis* hinausläuft: Steht uns die Demokratie bei der **effektiven Bekämpfung** des Klimawandels nicht eigentlich im Weg? Kurz: Stehen wir etwa vor der Wahl „Demokratie *oder* Klimawandelschutz“?

Nachdem ich im zweiten Abschnitt kurz auf die **Gründe für diese Skepsis** eingegangen bin, möchte ich in meinem Vortrag zunächst zeigen, dass die existierenden Demokratien besser abschneiden als man meinen könnte. Ich möchte Sie dabei einladen, in einer **out of the box-Gesprächsrunde** die vorgebrachten Thesen zu diskutieren.

Im dritten Abschnitt möchte ich Ihnen dann mit Humboldt zeigen, warum aber die Alternative „Demokratie oder Bekämpfung des Klimawandels“ von vornherein falsch gestellt ist: Wir müssen eigentlich „Demokratie *und* Klimawandel“ **zusammendenken**:

Die Demokratiskepsis hat gar nicht richtig verstanden, was für ein **Problem der Klimawandel** überhaupt ist. Er ist gar kein Problem, das eine Demokratie *oder* eine Autokratie besser lösen könnte, indem die richtigen sozialtechnokratischen Maßnahmen ergriffen werden.

Mit Humboldt müssen wir verstehen, dass der Klimawandel kein „zahmes“ Problem ist, sondern ein „**verflixtes**“ **Problem**. Wie wir sehen werden,

können solche verflochten Probleme überhaupt nur demokratisch „gelöst“ bzw. bearbeitet werden.

Auch zu diesem Abschnitt bin ich an Ihren Überlegungen in einer zweiten **out of the box-Gesprächsrunde** interessiert.

Wenn wir mit Humboldts Augen auf unsere gegenwärtige politische Lage blicken, verstehen wir also, warum wir die Alternative „Klimaschutz oder Demokratie“ falsch gestellt ist: Die Bekämpfung und Bewältigung des Klimawandels braucht demokratische Prozesse, die **konflikthafte Perspektiven auf das Klima** so aufeinander beziehen, dass kollektive Handlungsfähigkeit entstehen kann.

Wie das geht, werde ich Ihnen im letzten Abschnitt meines Vortrags anhand eines Projekts aus dem IASS zeigen, mit dem wir den Kohleausstieg in der Lausitz erforschen und begleiten.

### **(Die Demokratieskepsis)**

Blickt man auf die Geschichte der Klimawandelforschung, muss man tatsächlich unseren Demokratien ein **vernichtendes Zeugnis** ausstellen: Die naturwissenschaftlichen Fakten sind spätestens seit den 1970er Jahren **wissenschaftlicher Konsens**, aber getan hat sich seitdem viel zu wenig.

Zuerst hat es Jahrzehnte gedauert, bis sich die Staaten 2015 überhaupt dazu durchringen konnten, verbindliche Reduktionsziele für Treibhausgase zu

vereinbaren (**Pariser Abkommen**). Nach Ansicht der Klimaforschung sind diese aber ohnehin unzureichend. Und nun bleiben die Demokratien auch noch hinter diesen selbstgesetzten Ansprüchen zurück. Im Endeffekt wachsen die globalen Emissionen kontinuierlich und so entsteht das Bild: **Wir wissen eigentlich, was wir tun sollen, aber wir tun es einfach nicht.**

[7 VERWEIS AUF GRAFIK ZUM EMISSIONSANWACHSEN] Je länger wir die Emissionsreduktionen hinauszögern, desto geringer wird der Zeithorizont für die gesellschaftliche Transformation um auf 0 Emissionen zu kommen. In anderen Worten: dann muss alles noch viel schneller und radikaler von statten gehen.

[8 SLIDE: Dieselbe Wahrnehmung zeigt sich in den Protesten von Fridays For Future — die Politik muss endlich und so schnell wie möglich auf die Erkenntnisse der Wissenschaft reagieren]

Für viele prominente Klimaforscher sind parlamentarisch-repräsentative Demokratien einfach nicht in der Lage, effektiv gegen den Klimawandel vorzugehen: So beklagt der **James Hansen**, einer der Entdecker des Klimawandels, dass der demokratische Prozess durch Lobbyinteressen unterwandert wurde:

The democratic process doesn't quite seem to be working [...]. The democratic process is supposed to be one person one vote, but it

turns out that money is talking louder than the votes. (James Hansen, zit. n. Adam 2009)

Als mögliches Gegenmittel bringt der Biophysiker **James Lovelock**, ein hochangesehener Naturwissenschaftler, die Idee ins Spiel, in der Bekämpfung des Klimawandels zumindest zeitweise den **Ausnahmezustand** auszurufen:

I have a feeling that climate change may be an issue as severe as a war. It may be necessary to put democracy on hold for a while. (James Lovelock, zit. n. Hickman 2010)

Natürlich ist Lovelocks Ansicht extrem und viele würden nicht so weit gehen. Aber dennoch teilen weite Teile der öffentlichen Diskussion Lovelocks und Hansens **Skepsis angesichts der mangelnden Handlungsfähigkeit** der Demokratie:

Könnte es sein, dass die Demokratie ein **Hindernis bzw. eine „Unannehmlichkeit“** bei der Bekämpfung des Klimawandels darstellt (Stehr 2015a)? So sehr wir sie also aus anderen Gründen schätzen, stehen uns ihre langwierigen politischen Willensbildungsprozesse bei der Bewältigung des Klimawandels nicht eher im Weg?

Ich möchte nun zunächst zeigen, dass die existierenden Demokratien angesichts dieser Kritik **besser abschneiden** als die existierenden

Autokratien. Von diesen sollten wir uns also auf keinen Fall bessere Ergebnisse erhoffen.

Was könnte nun hinter dem undifferenzierten Misstrauen gegenüber der Handlungsfähigkeit der Demokratien in Bezug auf den Klimawandel stehen?

1. Demokratien **schneiden** in manchen Hinsichten **schlechter ab** als nicht-demokratische Regimes. Z. B. investiert China jährlich mehr in erneuerbare Energien als die EU und die USA zusammen (Renewable Energy Policy Network, Status Report 2018)

[12SLIDE\_Report Renewable Energies: Das Investitionsvolumen in erneuerbare Energien ist China allein höher als in Europa und den USA zusammen]

2. [13SLIDE Klimaziele Deutschland] Die Demokratien **erfüllen ihre eigenen Vorgaben nicht**. Ein gutes Beispiel ist das jüngste Eingeständnis der Bundesregierung, dass sie ihre Klimaziele für 2020 voraussichtlich nicht erreichen wird.]

Dagegen sieht es gegenwärtig so aus, als könne **China** seine Selbstverpflichtung aus dem Pariser Abkommen 2015 **übererfüllen**. 2017 hat China ein einjähriges Moratorium für den Bau neuer Kohlekraftwerke verhängt.



3. **[15SLIDE]** Demokratien **unterminieren den Wahrheitsanspruch** oder die Durchsetzungskraft wissenschaftlicher Erkenntnisse: Ihre politische Öffentlichkeit bietet allen, auch unwissenschaftlichen Meinungen Raum, und auch Lobbyinteressen. Außerdem fehlt Bürger\*innen und Politiker\*innen das wissenschaftliche Verständnis oder sie sind zu selbstüchtig, um das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Ein gutes Beispiel ist die Ende 2018 losgetretene Debatte über Stickoxide und Feinstaubwerte.

Alle drei Einwände lassen sich unterschiedlich verstehen:

Vergleichen sie die Demokratie mit **tatsächlich existierenden alternativen Regierungsformen** — real existierenden Autokratien wie China?

Oder messen sie die Demokratie an einem **Ideal guten Regierens**, das womöglich kein real existierendes Regierungssystem erfüllen kann?

Nur weil Regierungen ihre Selbstverpflichtungen erfüllen und wissenschaftliche Erkenntnisse respektieren *sollten*, heißt das ja noch lange nicht, dass es irgendeine Regierung auf der Welt gibt, die das tatsächlich auch immer und zuverlässig tut.

Die vermeintliche Überzeugungskraft der Demokratiekritik erklärt sich teilweise aus dieser **Unklarheit**: Gibt es tatsächlich bessere Regierungsformen als die Demokratie?

Oder sind wir nur unzufrieden, weil die bestehenden Demokratien nicht unserem Ideal entsprechen?

Wir sollten beide Kritikperspektiven auseinander halten. Bevor wir uns dem Idealbild zuwenden, sollten wir zunächst fragen:

**Wie schneiden real existierende Demokratien im Vergleich mit nicht-demokratischen, autoritären Regimes in der Bekämpfung des Klimawandels ab?**

Mit dieser Frage beschäftigt sich die empirische Demokratieforschung.

Wie schätzt sie nun die drei Kritikpunkte ein?

1. China schneidet in den meisten Hinsichten nicht besser ab als die etablierten Demokratien. Wo es besser abschneidet, lässt sich seine vorgebliche Vorreiterrolle dadurch erklären, dass die gute Zielerfüllung in ökologischen Hinsichten nur als **Nebeneffekt anderer politischer Ziele** wie seines **Energieautarkiebestrebens** auftritt — weshalb sich die Ergebnisse auch schnell wieder ändern können, wenn Ökologie

und Ökonomie/Politik nicht ohne weiteres in eins fallen (Engels 2017).

2. Demokratien sind eher bereit, Selbstverpflichtungen einzugehen und sie setzen sich **höhere Ziele** als nicht-demokratische Regimes. Außerdem ist die Leistung der Demokratien in ihrer Zielerfüllung nicht fix, sondern in sich unterschiedlich: **Demokratischere Demokratien** schneiden besser ab (Hanusch 2018).
3. Auch in Autokratien kann **nicht „durchregiert“** werden: Sie sind vermachtete Strukturen, in denen sich der autokratische Apparat auf eine kleine Gruppe von Eliten stützt. Außerdem sind sie ebenfalls — häufig sogar noch viel stärker — auf die Legitimierung in der Bevölkerung angewiesen.

Wir sehen also, dass Demokratien keineswegs schlechter abschneiden, wenn wir sie mit real existierenden Autokratien wie z. B. China vergleichen. Die empirische Demokratieforschung zeigt uns also, dass es **keine** bessere Alternative zur den existierenden parlamentarischen Demokratien gibt. Aber diese Erkenntnis allein wird uns nicht helfen, die Demokratieskepsis zu überwinden.

Sie lässt uns immer noch mit dem unguuten Gefühl zurück, dass die Demokratie, — frei nach Churchill —, vielleicht auch zur Bekämpfung des

Klimawandels einfach nur die **beste aller schlechten Regierungsformen** sein mag:

Zwar besser als die anderen, aber vielleicht leider dennoch nicht in der Lage dieser Herausforderung adäquat zu begegnen.

Dieses Gefühl steht hinter der **nicht-empirischen Kritik der Demokratie**, die sich auf ein Idealbild des demokratischen Prozesses stützt anstatt auf den Vergleich mit anderen Regierungsformen. Obwohl es dieser Kritik an echten Alternativen fehlt, sollten wir ihre mögliche Wirkung nicht unterschätzen, insbesondere wo sie sich in **unangenehmer Gesellschaft** befindet:

Es besteht hier eine irritierende Parallele zwischen der **Demokratieskepsis mancher Klimaforscher** und der **Demokratiekritik des Rechtspopulismus**:

Beide behaupten, die parlamentarische Demokratie sei dysfunktional, weil sie nicht mehr „zuhören“ könne, sei es der „Stimme der Wissenschaft“ oder der „Stimme des Volkes“.

Ich will nun gleich zu Humboldts Beschreibung des **Aragua-Tals** zurückkehren. Wenn wir sie genauer betrachten, dann sehen wir, dass hinter der Demokratieskepsis ein implizites, problematisches Idealbild steckt:

In diesem Idealbild ist erstens der Klimawandel einfach ein **naturwissenschaftlich konstatiertes Problem**, für das es eine politische, auf naturwissenschaftlicher Evidenz basierte Lösung gibt.

Zweitens wird **demokratisches Regieren** einfach danach bewertet, wie **responsiv** es gegenüber naturwissenschaftlichen Fakten ist.

Beide Annahmen sind falsch. Wenn wir die eigentlichen Stärken der Demokratien und ihr Potential in der Bearbeitung des Klimawandels sehen wollen, müssen wir sie überwinden und durch andere Annahmen ersetzen.

Humboldt kann uns dabei helfen, weil er ein Bewusstsein dafür hatte, dass menschengemachte Veränderungen des Klimas in komplexen sozialen, ökonomischen und kulturellen Strukturen verwurzelt sind und deshalb auch **komplexe Probleme** sind, für die es keine einfachen Lösungen gibt.

### **(Der Klimawandel als „wicked problem“)**

1974, kurze Zeit nachdem Klimaforschungspioniere wie James Hansen erstmals vor den gravierenden Auswirkungen des Klimawandels gewarnt hatten, entdeckten Forscher, dass die **Schicht von Ozonmolekülen** in ca. 15-25 km Höhe unserer Atmosphäre durch **Fluorkohlenwasserstoffe (FCKW)** ausgedünnt wurde — eine Entdeckung, die als „Ozonloch“ bekannt wurde.

Bereits 1987, dreizehn Jahre später, wurde in Montréal ein **internationales Abkommen** zum Verbot der Nutzung von FCKW in Kühlschränken, Spraydosen etc. geschlossen. Seit 2014 berichten meteorologische Forschungen übereinstimmend, dass das Ozonloch aufgrund des **FCKW-Verbots** schrumpfe und bis 2050 ganz verschwunden sein werde.

Dass weite Teile der öffentlichen und der wissenschaftlichen Diskussion den Klimawandel als ein Problem wie das Ozonloch wahrnehmen, zeigt sich daran, dass normalerweise immer davon ausgegangen wird, es müsste doch einfach sein, von einem **Konsens über die naturwissenschaftlichen Tatsachen des Klimawandels** zu einem **politischen Konsens über die Maßnahmen** zu dessen Bekämpfung zu gelangen, der dann „top-down“ umgesetzt werden müsse.

Diese *sozialtechnokratische* Strategie funktionierte aber im Fall des Ozonloch nur deshalb, weil es ein **einfaches, „zahmes“ Problem** war, für das es eine klare technische und politische Lösung gab:

Das Verbot von FCKW in einem internationalen Abkommen.

Mit Humboldt können wir besser verstehen, warum das schon viel länger bekannte Problem des Klimawandels sich **nicht in dieser Art** lösen lässt, weil es eben keine klare technische und politische Lösung dafür gibt.

Bereits auf seiner Venezuela-Reise um 1800 war Humboldt klar, dass der „**Menschenunfug**“ der Entwaldung nicht einfach nur durch das Verhalten einzelner Individuen erklärt werden kann (was „Unfug“ ja sonst meistens ist, John Schellnhuber spricht heute von „Unwissen“ oder „Bequemlichkeit“).

Die Ursache damals war vielmehr die dortige **sklavereibasierte Plantagenwirtschaft**.

„Menschenunfug“ von solch *gesellschaftlichem* Ausmaß ist also verknüpft mit **sozialen Strukturen** unterschiedlicher Art: Die Plantagenwirtschaft beruht ja selbst auf politischen, ökonomischen und kulturellen **Hintergrundbedingungen**, wie z. B. dem kolonialen Großgrundbesitz, der sich auf den Anbau von tropischen Agrarprodukten spezialisiert hat und die Sklaverei rechtfertigt.

Das ist heute mit der Abholzung des Regenwaldes nicht anders: Es gibt eine Menge Verbote, die angesichts der globalen Dynamiken (Nachfrage nach Palmöl, Biodiesel etc.) einfach wirkungslos blieben...

Wer die Entwaldung stoppen will, muss sich deshalb mit der Frage auseinandersetzen, wie sich **sozialen Strukturen** verändern lassen.

Entsprechend müssen wir mit Humboldt auch den Klimawandel als ein Problem verstehen, in dem es nicht nur um die **natürlichen**, sondern auch

um die **ökonomischen, politischen und kulturellen** Rahmenbedingungen unseres Lebens geht.

Nach einer hilfreichen Unterscheidung aus der Stadtplanung (Rittel und Webber 1973), die in den letzten Jahren Eingang in die wissenschaftliche Diskussion des Klimawandels gefunden hat, handelt es sich beim Klimawandel nicht um ein „zähmbares“, sondern um ein *wicked problem*, ein „**verflixtes Problem**“ (Grundmann 2016).

Ein gutes Beispiel für ein verflixtes Problem in modernen Gesellschaften ist **Kriminalität**: Es wäre ein sinnloses Unterfangen, das Problem der Kriminalität in der gleichen Weise „lösen“ zu wollen wie das Problem des Ozonlochs:

Man kann Kriminalität aus mindestens drei Gründen nicht einfach „abschaffen“.

1. Erstens entsteht Kriminalität aus den komplexen ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen moderner Gesellschaften. Menschen stehlen weil es sich für sie lohnt, weil sie aus Not dazu getrieben werden oder weil sie die existierende Güterverteilung für ungerecht halten (und aus vielen anderen Gründen). Dieser **Vielzahl von unterschiedlichen Ursachen** der Kriminalität entsprechen auch die vielfältigen Strategien zu ihrer Bekämpfung: Technische



Überwachung intensivieren, Resozialisierung stärken, Abschreckung durch Strafen erhöhen oder sozialpolitische Maßnahmen ergreifen.

2. Zweitens bestimmt sich die Wahrnehmung von Kriminalität als Problem in zweifacher Hinsicht durch **Wertvorstellungen** und politische Überzeugungen: Einerseits wird immer ausgehandelt, welche kriminellen Handlungen überhaupt als problematisch angesehen werden — man denke an die Diskussion über die Entkriminalisierung des „**Schwarzfahrens**“. Andererseits muss immer ausgehandelt werden, welche Maßnahmen der Kriminalitätsbekämpfung akzeptabel sind und welche nicht, z. B. weil der Erhalt der Grundfreiheiten mit einer Ausdehnung der Videoüberwachung im Konflikt steht.
3. Drittens schließlich ist die Grundkonstellation des „verflixten“ Problems Kriminalität in zwei Hinsichten dynamisch und ändert sich beständig: Einerseits sind die Wertvorstellungen und folglich die Problembeschreibungen umstritten — nicht alle sozialen Gruppen teilen dieselben Auffassungen über die Prioritäten der Kriminalitätsbekämpfung. Andererseits ist das Problem selbst dynamisch, weil z. B. **neue Arten von Kriminalität** wie Cyberkriminalität oder Terrorismus entstehen, auf die man wiederum mit neuen Arten der Kriminalitätsbekämpfung reagieren muss.

Deshalb können immer nur **pragmatische Schritte zur Verbesserung der Bearbeitung verflixter Probleme** unternommen werden, ohne dass jemals der Punkt erreicht wird, an dem sie wirklich „gelöst“ werden:

Wir können versuchen, die Kriminalitätsrate in einer gegebenen Situation zu senken. Dazu müssen wir uns überlegen, an welchen der vielen Erklärungsfaktoren wir ansetzen und welche Bekämpfungsstrategien mit unseren Wertüberzeugungen vereinbar sind. Dabei müssen wir aber immer damit rechnen, dass durch die Bekämpfung neue Probleme entstehen.

Und dasselbe gilt für den anthropogenen Klimawandel: Er ist eine Folge der **komplexen Lebensbedingungen der industriellen Moderne**. Deshalb erfordert seine Bekämpfung erstens ein Verständnis, aus welchen komplexen ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturen er entsteht — und damit die **Expertise der unterschiedlichen Sozialwissenschaften**, nicht der Naturwissenschaften (Grundmann 2016).

Nehmen wir ein Beispiel: „**Nachhaltiger Strukturwandel**“ bedeutet, dass wir *gleichzeitig* unsere Industrien umbauen, Bildungs- und Karrierewege eröffnen, Mobilitäts- und Konsumverhalten verändern und politische Handlungsfähigkeit entwickeln müssen.

Zweitens müssen wir im Umgang mit dem Klimawandel ein komplexes Bündel an **Wertvorstellungen reflektieren** und unterschiedliche, konflikthafte Perspektiven miteinander in Einklang bringen.

**(Die Lösung: Partizipation und Deliberation in demokratischen Systemen stärken)**

Lassen Sie mich zusammenfassen: Wir müssen uns mit Humboldt also von dem **sozialtechnokratischen Bild lösen**, das der Demokratiekritik überhaupt erst ihren Nährboden bietet.

Wir müssen dazu den Klimawandel als ein wicked problem verstehen. Aus dieser Perspektive stellen wir fest, dass die Demokratiekritik der Klimaforschung auf einem unterkomplexen Verständnis der politischen Dimension von Nachhaltigkeitsproblemen basiert.

Wenn wir dagegen die Natur des Problems adäquat verstehen, können wir uns nun der Frage zuwenden, wie wir die **Handlungsfähigkeit von Demokratien** verbessern können. Dazu möchte ich abschließend einige Strategien aufzeigen, mit denen wir am IASS in Potsdam daran arbeiten und dies am Beispiel des Strukturwandels in der Lausitz illustrieren.

Wie Sie aus den Nachrichten wissen, hat die sogenannte „**Kohlekommission**“ im Januar einen wichtigen Meilenstein auf dem Weg zu einer CO<sub>2</sub>-freien Energieerzeugung in Deutschland etabliert:

Bis spätestens 2038 sollen der Kohleabbau und die Kohleverstromung in Deutschland eingestellt werden. Warum die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft ein „verflixtes“ Problem ist, lässt sich besonders gut daran erkennen, wenn man die Auswirkungen des Kohleausstiegs auf eine Region wie die **Lausitz** genauer betrachtet.

Die gegenwärtige politische Auseinandersetzung über die Zukunft der Lausitz polarisiert sich in **zwei Lager**:

Auf der einen Seite wurde in der Kommission unnachgiebig für den längstmöglichen Erhalt der Kohleförderung gekämpft. Letztlich haben die Ministerpräsidenten von Brandenburg und Sachsen einen früheren Ausstieg verhindert.

Auf der anderen Seite wird von KlimaschützerInnen betont, dass letztlich nur ca. 8.000 Arbeitsplätze direkt von der Kohle abhängig sind und selbst indirekt nur 14.000 weitere. Sollte nicht diese vergleichsweise geringe Zahl angesichts der drängenden Probleme der Zukunft des Planeten in den Hintergrund treten?

Diese polarisierte Alternative ist ebenso wenig hilfreich wie die zwischen Demokratie *oder* Klimawandelbekämpfung. Beide Positionen verkennen die **wahre Bedeutung der Kohle für die Lausitz** und damit auch die

Komplexität des politischen und sozialen Wandels, der durch den Abschied von ihr notwendig wird.

Wie es mein Mitarbeiter Johannes Staemmler in einem lesenswerten Blogbeitrag treffend formuliert hat, ist die Kohle ein „Knoten des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Miteinanders“ in der Lausitz.

Sie hat die **ökonomische, kulturelle und politische Geschichte der Region** über zwei Jahrhunderte geprägt:

Zunächst die Industrialisierung seit dem Ende des 18. Jahrhunderts und ihren ökonomischen Aufstieg, der bis zur Industriepolitik der DDR reichte. In der Nachwendezeit dann aber auch ihren ökonomischen Niedergang mit der Abwicklung der Volkseigenen Betriebe, der Entindustrialisierung und dem Verlust zehntausender Arbeitsplätze.

Aufstieg und Niedergang der Kohle spiegelte sich in der Zu- und späteren Abwanderung der Bevölkerung wider. Aber sie prägten vor allem auch die kulturellen, sozialen und politischen Strukturen der Region und die **Identität ihrer Bewohner:**

Sie beziehen ihren Stolz und ihr Wir-Gefühl aus der industriellen Arbeit und der Kohle.

Gerade deshalb waren die Enttäuschungen der Wendezeit so verheerend und deshalb stehen viele Lausitzer heute neuen Veränderungsprozessen

skeptisch gegenüber. Durch die nun eingeleitete Transformation brechen deshalb alte und neue Konflikte auf, weil sich die Menschen in ihrer Identität missachtet und ungerecht behandelt sehen. Viele wenden sich deshalb von der parlamentarischen Demokratie ab und den rechtspopulistischen Strömungen zu, die sie für die einzigen Vertreter ihrer Interessen ansehen.

Wie kann man unter diesen Bedingungen einen Strukturwandel einleiten und moderieren, der die Menschen mitnimmt?

Wie kann man die transformativen Konflikte von Blockaden in **Treiber der Transformation** verwandeln?

Hier brauchen wir ein umfassendes Verständnis davon, warum der Kohleausstieg in der Lausitz die Form eines „verflixten“ Problems besitzt.

Für die **Wirtschaftspolitik** geht es vor allem um die Ersetzung der Kohlearbeitsplätze. Aber es ist klar, dass die klassischen Instrumente der Regionalentwicklung nicht funktionieren werden: So lassen sich nicht einfach neue Industriebetriebe ansiedeln, wenn z. B. unklar ist, ob diese durch die Automatisierung der Produktion in wenigen Jahren überhaupt noch eine Zukunft haben werden.

Wohin soll also das ganze Geld überhaupt fließen, welche Projekte sollen bewilligt werden (von der Zugverbindung Cottbus-Berlin über eine

medizinische Hochschule bis zu identitätsstiftende Kulturprojekte) — die Kohlekommission empfiehlt ja immerhin ein Gesamtvolumen von 40 Mrd. Euro?

Der Strukturwandel kann nicht die Summe der bewilligten Projekte sein...

Die entscheidende Frage ist: **Wie soll die Lausitz in zwanzig oder dreißig Jahren überhaupt aussehen?** Was die Lausitz braucht, ist ein neues *Leitbild* für ihre zukünftige Entwicklung. Dieses muss bestimmen, was den Platz der Kohle als „Knoten des Miteinanders“ einnehmen kann. Zu diesem Zweck wurde die „**Zukunftswerkstatt Lausitz**“ gegründet. Ziel der Zukunftswerkstatt ist es, die regionalen Akteure, *stakeholder* und Interessengruppen miteinander zu vernetzen. Politiker, Bürgerinnen und Bürger, Projektinitiativen und Unternehmen müssen an einen Tisch gebracht werden.

Nur im Austausch der unterschiedlichen Perspektiven kann deutlich werden, *dass* die Lausitz eigentlich bereits **schon jetzt „mehr kann als Kohle“** und was sie in einigen Jahren können wird. Nur durch die Zusammenführung und Koordination der unterschiedlichen Kompetenzen und Wissensbestände können **neue Leitideen** und gemeinwohlorientierte Entwicklungsprojekte konkretisiert und realisiert werden. Und nur durch die Diskussion der unterschiedlichen Ansprüche und Wertvorstellungen

kann klar werden, wie eine **gerechte Gestaltung des Kohleausstiegs** aussehen kann.

Prozesse, die diese Aufgaben bewältigen können, nennen wir am IASS „**ko-kreative**“ oder „**konsultative**“ Prozesse. Sie müssen konzipiert und moderiert und wissenschaftlich begleitet werden. Sie können auf unterschiedlichen Ebenen stattfinden: Lokal, regional, national und international. Beteiligt sind oft **unterschiedliche Akteursgruppen**: politisch gewählten Repräsentanten, zivilgesellschaftlichen Akteuren, Unternehmen und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern. Was für die Lausitz aber ausschlaggebend sein wird: Es werden auch Bürgerinnen und Bürgern einbezogen, die ihr eigenes, alltagsnahes Wissen, ihre Ideen und ihre Bedürfnisse in solche Konsultationen einbringen können.

In solchen Prozessen verbessert sich also die **Problembeschreibung** des Kohleausstiegs und es kommen **Lösungsvorschläge** auf den Tisch, die in Ministerien und Behörden gar nicht entstehen können. Und das wichtigste: **Bürger** sind dem Wandel nicht nur passiv ausgesetzt, sondern können diesen aktiv mitgestalten und Verantwortung übernehmen.

Natürlich ersetzen solche Beteiligungsprozesse nicht die klassischen Mechanismen der parlamentarischen Demokratie. Aber sie können diese ergänzen, verbessern und bürgernäher machen. Vor allem aber gelangen meiner Erfahrung nach Bürger durch diese Konsultationen zu einem klaren



politischen Willen und können so auf die Repräsentanten Druck ausüben, zu handeln....

**Koordinierungsgremium Bund-Länder:** nicht nur Projektfluss sicherstellen, sondern auch tragfähige Zukunftskonzept entwickeln, bis zu Beteiligungsprozessen auf Gemeindeebene diverse Interessen inkorporieren und dadurch Transparenz, Qualität und Akzeptanz schaffen.

### **Lassen Sie mich zum Schluss zusammenfassen**

Wir sollten den Klimawandel so begreifen wie Humboldt die Auswirkungen der Plantagenwirtschaft im **Aragua-Tal:**

Es handelt sich um ein komplexes, „verflixtes“ Problem, das wir in seinen **systemischen Zusammenhängen** verstehen müssen.

Dies sollte uns vor der **falschen technokratischen Vorstellung** bewahren, man könne die Transformation zu einer nachhaltigen Gesellschaft einfach *top down* politisch umsetzen.

Wenn wir stattdessen überlegen, wie wir heute **demokratisch** auf die Herausforderung des Klimawandels reagieren können, müssen wir über den „**Hofdemokraten**“ Humboldt hinausgehen und die parlamentarische Demokratie durch Beteiligung der Akteure vor Ort stärken. Damit können

wir aber nicht nur über Humboldt hinausgehen, sondern zugleich sein **Erkenntnisideal weiterdenken.**

Mit Bezug auf die Naturwissenschaft schrieb Humboldt an Goethe:

„Wer die Natur nicht empfindet, sondern nur theoretisch betrachtet, der wird ihr ewig fremd bleiben.“ (Humboldt an Goethe, zit. n. Osten 2009, 77)

In konsultativen Prozessen werden Probleme sozialer Transformation für die Beteiligten nicht nur „theoretisch betrachtet“, im Sinn bloßer Fakten erkannt. sondern sie werden „greifbar“ auch in dem Sinn, dass sich in den Problemdefinitionen neue Handlungs- und Erkenntniswege offenbaren. In diesem Sinn gehört auch zur Erkenntnis eines „verflochten“ Problems wie des Klimawandels ein konkretes „Empfinden“ — das uns allerdings nur gemeinsam möglich ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit!